

Liebe Spenderinnen und Spender,
Freundinnen und Freunde,

es scheint, als fänden weder die positivistischen Vertreter eines Status Quo als besser aller Welten, noch die Künder einer goldenen Zukunft mehr Platz in einer Ordnung, deren Institutionen und Machtapparate sich in dem selben Maße verhärten, in dem sie als solche nicht mehr wahrgenommen werden.

Denn in einer Welt, die als besser sich niemand mehr vorzustellen vermag, von der zugleich aber jeder der Meinung ist, sie könnte schlechter nicht sein, bleibt jede Alternative auf die Verwaltung des Bestehenden beschränkt.

Die damit verbundene Lieblosigkeit des alltäglichen Fortbestehens ohne Utopie, das freudlose Festhalten am Falschen, hat sich eingeschrieben selbst in die Manifeste seiner Gegner - der Nicht-Regierungs-Organisationen und Bewegungen, von deren einstiger Forderung nach Abschaffung von Herrschaft einzig die verbissene Parteinahme für einen der herrschenden Blöcke im globalen Verteilungskonflikt geblieben ist. Nur dieses mal ohne selbst die Perspektive, dass mit der Vernichtung des gegnerischen Lagers etwas anderes eintreten könnte, als der Fortbestand des Immergleichen.

Als Inbegriff der Geschichtslosigkeit, die wie ein notwendiger Reflex zum Fortbestehen im Falschen einsetzt, wird Europa heute zum Adressaten ungezählter Aufrufe, sich in jenen Krisenherden zu engagieren, in die es die einst Kolonisierten vor rund 50 Jahren entlassen hat. Im südafrikanischen Durban, das selbst bis vor kurzem unter der Apartheid stand, die der europäische Kolonialismus den afrikanischen Staaten als Erbe hinterlassen hat, waren es nicht die Staaten Europas, sondern Israel, das bei der UN-Rassismus Konferenz im Zentrum der Kritik stand.

Bis zuletzt stützte dort Europa einen Resolutionsentwurf, der den Zionismus mit Rassismus in Eins setzten will, ganz so, als wäre Europa erst jüngst im Zustand der Unschuld in die Geschichte eingetreten und nicht erst der europäische Nationalismus hätte den Zionisten die Idee eingegeben, wie auf ein Jahrtausend Verfolgung zu reagieren sei. So, als wäre der Judenhass, der aktuell den gesamten Nahen-Osten zu vergiften droht, die originäre Erfindung islamistischer Heilsbringer und diese nicht nur ein verzerrtes Abbild des europäischen Antisemitismus. Das selbe Europa andererseits, vor dessen Aussengrenzen tagtäglich Menschen sterben, denen der Zutritt zur *Wohlstandsfestung* alleine schon aufgrund ihrer Herkunft

versagt bleibt und dessen Bewohner für Nichteuropäer Namen wie Kanacke, Teerpappe, Bimbo, Nigger oder Fitschie wählen. Der Rassismus ist ein Exportschlager aus Europa, dessen Konjunktur auch lange nach dem Ende des Kolonialismus, der ihn einst auf den Weg gebracht hat, anhält.



■ Deutsche "Pestizid"-Fabrik im Irak nach amerikanischem Angriff

Wie wenig dieses Europa wenn schon nicht unschuldig, so doch wenigstens heute eine Alternative zur bestehenden Ordnung ist, die in monotoner Zwangsläufigkeit zu Krieg und Verelendung führt, zeigt sich überall dort, wo es in die nationalen Konflikte der ehemals Kolonisierten eingreift. In den monolithischen Despotien des Nahen-Ostens, wie den randalierenden Banden des Balkans finden die Europäer nicht Gegner, sondern getreue Abbilder ihrer eigenen sechshundertjährigen Herrschaftspraxis, deren wahres Gesicht sich nun, nach dem Ende ihrer kolonialen Herrschaft in den tief sedimentierten Gewaltstrukturen zeigt, die es vor Ort hinterließ.

So steht im Nahen-Osten wie auch anderswo auf der europäischen Agenda nicht die Überwindung jener Nationalismen, die Europa so erfolgreich exportiert hat, sondern einmal mehr deren Dienstbarmachung. Wenn Europa heute im Nahen Osten als

guter Vermittler gehandelt wird, dann verweist dies nicht nur auf die dem Kapitalismus inhärente Geschichtslosigkeit, sondern darauf, dass die letzte nichtkoloniale Macht, die einst selbst Kolonie war, die USA, vertrieben werden soll vom Original. Nur aber wo eine Welt ohne Herrschaft und Ausbeutung undenkbar geworden ist, kann die Auswahl zwischen zwei Herrschern als Alternative erscheinen. Die Menschen vor Ort jedoch, für die unter Beiden ein menschenwürdiges Leben nicht vorgesehen ist, können von einer Alternative, die nicht auf die Abschaffung von Herrschaft, sondern auf deren Austausch abzielt, nicht leben. Ihnen bleibt als Hoffnung, dass in der Starre und Alternativlosigkeit der herrschenden Verhältnisse deren Ende schon angelegt ist. Und so wurde die einzig realistische Alternative, jene der Befreiung der Menschen, immer dann greifbar, wenn die zum Fortbestand des Immergleichen erforderlichen Prämissen und Regeln für einen kurzen Moment ausser Kraft gesetzt wurden.

Beispielsweise im Irak, wo 1991 bei spontanen Aufständen in zwölf von achtzehn Verwaltungsdistrikten der Regierung die Kontrolle entglitt und für wenige Tage jene Freiheit des Aufbruchs herrschte, in der noch alles möglich erscheint und noch keine neue Ordnung an die Stelle der gestürzten getreten ist. Oder im kurdischen Nordirak, wo in der unstillen Ordnung einer Region ohne sicheren Bestand Freiräume entstanden sind, in denen sich jene organisieren können, die in gefestigteren Verhältnissen immer zum Gegenstand staatlicher Obstruktion werden: Frauen, Opfer von Gewalt, Häftlinge.

▶▶ **Diesen kurzen Momenten der Freiheit, nicht der Wahl zwischen zwei Herrschern, fühlt WADI sich verpflichtet.** Es ist die Erinnerung der Menschen im Irak daran, dass ein anderes Leben möglich ist, die das Regime Saddam Husseins auf lange Sicht mehr geschwächt hat, als es die Sanktionen je vermocht hätten. Im Sinne dieser Freiheit unterstützt WADI aktiv die Arbeit der demokratischen irakischen Opposition in Deutschland und hält auch in der aktuellen Debatte über die UN-Sanktionen an der einzig menschenwürdigen Alternative, der Befreiung, fest.

▶▶ **Hochgehalten werden muss aber nicht nur die Erinnerung an die Freiheit, sondern auch an die Verbrechen, die ihr angetan wurden.** WADI versucht der Geschichtslosigkeit von Herrschaft die Erinnerung an die in ihrem Namen begangenen Verbrechen entgegenzusetzen - beispielsweise an die Giftgas-Kampagnen, die das irakische Regime mit deutscher Unterstützung gegen die kurdische Bevölkerung durchgeführt hat. Ein Verbrechen, das in Europa heute gerne vergessen wird, wenn es darum geht, irakischen Flüchtlinge nachzuweisen, dass sie auch in ihrer Heimat sicher leben könnten. Wir dokumentieren im Folgenden einige Beispiele dieser Arbeit.

Titelbild und Rückseite stammen von René Magritte

▶ gegen die geschichtslosigkeit

Neben den Projekten vor Ort besteht ein bedeutender Teil der Arbeit von WADI darin, über die Verhältnisse vor Ort und ihre Geschichte zu informieren. Denn jede Veränderung setzt die genaue Kenntnis der Ursachen des derzeitigen Scheiterns voraus. Neben der Analyse der politischen Entwicklung vor Ort gehört aber auch die politische Intervention dazu: Gegen eine Rehabilitierung des irakischen Regimes; für den Schutz von Flüchtlingen; für eine demokratische und freie Entwicklung der Region.



■ Flüchtlinge in Irakisch-Kurdistan

▶▶ iraq & kurdistan co-ordination net

"Es ist hohe Zeit, eine Struktur aufzubauen, die den Entwicklungen Rechnung trägt – den stetig sinkenden Anerkennungsquoten, der Aushungerung von nicht-rückführbaren Flüchtlingen, der Falschdarstellung der Verhältnisse vor Ort, der Auslagerung grenzpolizeilicher Repression, der Ethnisierung und erzwungenen Rückbindung von Flüchtlingen an ihre "Heimat". Dies ist nur möglich durch eine Zusammenführung von Initiativen und Organisationen: Flüchtlingsräte und Asylrechtler, Menschenrechtsgruppen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Un-

terstützer und Wissenschaftler, die sich mit der Situation vor Ort beschäftigen, flüchtlingspolitischen Initiativen." Im Mai 2001 wurde in Frankfurt/Main das flüchtlingspolitische Netzwerk "IkCON – Iraq & Kurdistan Coordination Net" gegründet. Flüchtlingsinitiativen wie ProAsyl, Menschenrechtsorganisationen wie die Internationale Gesellschaft für die Menschenrechte der Kurden (IMK), Vereinigungen aus dem europäischen Ausland, Rechtsanwälte und Solidaritätsgruppen haben sich in einem Netzwerk zusammengeschlossen, um im gemeinsamen Bemühen um einen besseren Schutz irakischer/kurdischer Flüchtlinge enger zusammen zu arbeiten. Die Anregung kam von WADI, gefördert wird das Netzwerk von ProAsyl. Im Oktober wird eine erste Ausgabe des zweisprachigen Info-Dienstes erscheinen, um Flüchtlingsräte, Asylanwälte, Initiativen und Richter mit Hintergrundinformationen und politischen Analysen zu versorgen. Zeitgleich startet IkCON eine eigene Seite im Internet, wo jeder Interessierte sich über die Lage vor Ort und die Situation und Probleme von Flüchtlingen informieren, sowie praktische Tips und Hinweise erhalten kann.



■ Flüchtlingszelt an der Demarkationslinie

IkCON versteht sich als europäisches Netzwerk. Mit dabei sind bereits Initiativen aus Holland und Großbritannien, aber auch der us-amerikanische Flüchtlingsrat wird sich inhaltlich an dem Info-Dienst beteiligen. Wie wichtig diese Arbeit gerade jetzt ist, hat der US-Flüchtlingsrat in einer Erklärung erst jüngst angesichts der Terroranschläge betont. "Es ist jetzt an uns" heißt es dort, "denen zu helfen, die diese Ge-

walt tagtäglich erleben." Wenn Sie Kontakt zu IkCON aufnehmen oder den Info-Dienst beziehen möchten, dann wenden Sie sich an WADI oder per email an: iraq-coordinationnet@yahoo.com. Schwerpunkt des ersten Info-Dienstes wird Holland sein, wo ein kürzlich verschärftes Ausländergesetz zu einer massiven Verschlechterung der Lebenssituation irakischer Flüchtlingen bewirkt hat. Bei der Expertenanhörung zum Thema irakische Flüchtlinge vor dem holländischen Parlament, im Juni dieses Jahres, sprach auch ein Vertreter von WADI als geladener Redner. Den Beitrag von WADI finden Sie auf unserer Website.

►► großer ratschlag irak

Ende Juni trafen sich in Frankfurt/Main Vertreter verschiedener irakischer Oppositionsgruppen zu einem Ratschlag über die Perspektiven einer demokratischen Politik im Irak. Das Treffen wurde von unter anderem von WADI organisiert. Die Sprecher der islamischen, kurdischen und kommunistischen Oppositionsgruppen beschlossen ein gemeinsames Handeln über alle zwischenparteilichen Differenzen hinweg, um der Gefahr einer Rehabilitierung des irakischen Regimes entgegenzutreten. Erste konkrete Schritte dieses gemeinsamen Handelns sollen die Koordination von Presseerklärungen, ein gemeinsames Auftreten gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und ein für 2002 geplanter Kongress in Berlin über die Zukunft eines Irak ohne diktatorische Herrschaft sein. Dieses Projekt ist um so notwendiger geworden dadurch, dass Vertreter des irakischen Regimes in diesem Jahr vermehrt in Deutschland in Erscheinung getreten sind und die aus der Friedensbewegung heraus initiierten Kampagnen gegen das Irak-Embargo für sich instrumentalisieren.

In der Erklärung der verschiedenen Organisationen heißt es: "*Der Öffentlichkeit muss wieder bewusst werden, dass eine Alternative zu der diktatorischen Herrschaft Saddam Husseins besteht, eine Lösung des Konfliktes mit dem Regime aber keine Alternative für die irakische Bevölkerung sein kann. Der Dialog mit einer Regierung, die in den 32 Jahren ihrer Herrschaft fast eine Millionen Menschen der eigenen Bevölkerung ermordet hat, darf nicht geführt werden.*" Das Projekt "Ratschlag Irak" wird von WADI betreut. Noch im November soll ein weiterer Ratschlag in Berlin abgehalten werden, um die Kooperation der demokratischen irakischen Exilorganisationen zu vertiefen. Eine gemeinsame Öffentlichkeits-Kampagne über die Zerstörungen im Südirak soll als nächste Aufgabe des Ratschlages in Angriff genommen werden. In den vergangenen Jahren hat die irakische Regierung im Süden des Landes eine großangelegte Militärkampagne durchgeführt, in deren Verlauf eine gesamte Region systematisch entvölkert wurde. Mehrere Zehntausend Menschen wurden dabei ermordet, 400.000 Menschen zur Flucht gezwungen.

► saddams deutsche freunde

Mit dem Zehnten Jahrestag des Golfkriegs meldete sich in Deutschland eine Kampagne zu Wort, die von der Bundesregierung eine Unterlaufung der UN-Sanktionen gegen den Irak fordert. Von Beginn an hat WADI den Aufruf dieser Kampagne kritisiert, der mit keinem Wort die Verbrechen des Hussein-Regimes an der Bevölkerung des Irak erwähnt und den baathistischen Staat einzig als Opfer internationaler Politik darstellt. *"Eine Position, die nicht in der Lage ist, zwischen Staat und Bevölkerung zu trennen"*, so die Kritik von WADI schon damals, *"hat jeden Anspruch auf Emanzipation aufgegeben."* Dies sollte sich bald bestätigen: Im Rahmen der Kampagne warben Vertreter der Baath-Partei für das irakische Regime, die massiven Verfolgungskampagnen gegen die Kurden im Norden und die schiitische Bevölkerung im Süden des Landes wurden als Notwendigkeit gerechtfertigt, die bedingungslose Solidarität mit dem irakischen Staat als Friedenspolitik gepriesen.



Gemeinsam mit anderen deutschen und irakischen Organisationen hat WADI verhindert, dass Vertreter der irakischen Regierung in der Volkshochschule Ulm für ihr Regime werben konnten. Anfang Juni rief WADI dazu auf, einen geplanten "Solidaritätsflug" nach Bagdad zu verhindern. Der "Solidaritätsflug" sollte als demonstrativer Embargobbruch eine Delegation von Embargogegegnern nach Bagdad bringen,

um gegen die UN-Sanktionen zu demonstrieren. Aufgrund der Intervention, die von vielen Initiativen der Friedens- und Solidaritätsbewegung getragen wurde, fand der Embargobbruch nicht statt. Stattdessen musste ein beim UN-Sanktionsausschuss angemeldeter Transport medizinischer Hilfsgüter zweckentfremdet werden, um die Delegation in den Irak zu befördern: Mit an Bord auch Vertreter der irakischen Botschaft und namhafte irakische Offizielle, die das Propagandaprogramm vor Ort begleiteten.

► Die politische Intervention hat Erfolg!

Nicht zuletzt das Engagement gegen den geplanten "Solidaritätsflug" hat vielen, die aus ernstgemeinter Unterstützung für die irakische Zivilbevölkerung die Kampagne unterstützt hatten, die eigentliche Zielsetzung der Kampagne deutlich gemacht: Die bedingungslose Rehabilitation des irakischen Regimes.

In gemeinsamen Presseerklärungen haben WADI und die anderen, deutschen wie irakischen Initiativen, die gegen die Anti-Embargo-Kampagne aktiv geworden sind, ihre Kritik an den UN-Sanktionen deutlich gemacht. WADI hat sich zugleich immer von jener vereinfachenden Sichtweise des Konfliktes distanziert, die in dem Embargo das alleinige Problem des Irak sieht. Wo die Anti-Sanktionskampagnen mit plattem Antiamerikanismus und Verschwörungstheorien werben, setzte WADI die Analyse der Herrschaftsverhältnisse entgegen.



► aus aktuellem Anlass

Als wir diesen Rundbrief begannen, stand das World Trade Center noch. Die Attentate in den USA und die Reaktionen vor allem in Deutschland darauf, haben uns den Rundbrief noch einmal überdenken lassen. Üblicherweise besteht der Rundbrief mindestens zur Hälfte aus Berichten aus unseren Projekten. Es gäbe viel zu berichten, gerade nachdem ganz aktuell Mitarbeiter von WADI aus dem Nahen Osten zurückgekehrt sind, von den Erfolgen des Frauen-Zentrums NAWA, von der Arbeit im Gefängnis oder den Projekten für Opfer der systematischen „Arabisierungskampagnen“. Projekte, die ausgebaut werden sollen im nächsten Jahr, deren laufende Kosten zugleich Monat für Monat aufgebracht werden müssen. Der ursprüngliche Entwurf des Rundbriefs, den wir vorerst „auf Eis gelegt“ haben, erscheint nun dennoch, mit einer Änderung: Anstelle der Projektbeschreibungen haben wir unsere Arbeit innerhalb Deutschlands und Europas ins Zentrum gestellt, die mit der Projektarbeit vor Ort notwendigerweise einhergeht und von dieser nicht zu trennen ist. Eine Arbeit, die üblicherweise abseits des developmentpolitischen Alltags geschieht, durch stete Präsenz in alternativen Medien, durch Vorträge, Koordinierungstreffen, politische Kampagnen und individuelle Hilfe.

Denn während noch nicht abzusehen ist, welche Konsequenzen die Anschläge vom 11. September für die Region des Nahen Ostens nach sich ziehen werden, so zeichnet sich bereits jetzt schon ab, dass sich das Verhältnis zu jenen radikal ändern wird, die aus dem Nahen Osten nach Europa gelangt sind. Araber, Kurden, Muslime sind im gleichen Maße zum Gegenstand staatlicher Obstruktion geworden, wie die Diskussion um die Anschläge ethnisch und kulturell aufgeladen ist. Die Denunziationen von Deutschen, die ihre muslimischen Nachbarn wegen „häufiger Besuche“ der Polizei melden, wie die *Süddeutsche* berichtete, sind dabei nur als privater Vollzug staatlicher Maßnahmen zu sehen, die sich gegen jene richten, die vor Terror und Krieg hierher geflohen sind.

So richteten sich die Anschläge auch gegen das in der amerikanischen Revolution deklarierte „Pursuit of Happiness“. Dieses Glücksversprechen, ist den terroristischen Urhebern ebenso wie denjenigen, die jetzt von einem „Clash of Cultures“ sprechen und die vermeintlichen Werte des europäischen Abendlandes in Anschlag bringen, als Forderung entgegenzuhalten und zu verteidigen.

Aktuelle Projektbeschreibungen, Artikel und Hintergrundinformationen finden Sie auch auf unserer Homepage www.wadinet.de

Spendenkonto:

Nr. 612305-602 bei der Postbank NL FFM, BLZ: 500 100 60



■ Nicht der Direktor, sondern ein Mitglied des Gefangenenkomitees vor dem PC in der von WADI eingerichteten Gefängnis-Bibliothek von Suleymaniah.

Im Dezemberrundbrief, der zugleich das zehnjährige Bestehen von WADI „feiern“ wird, werden wir Ihnen detailliert unsere laufenden und geplanten Projekte vorstellen.

Für das Jahr 2002 ist unter anderem die Eröffnung eines weiteren NAWA-Zentrums in Arbil geplant, die Kooperation mit den Gefangenen soll ausgebaut und die Projekte für Flüchtlinge aus dem Zentralirak sollen intensiviert werden.

Dies ist nur mit Ihrer solidarischen Unterstützung möglich! Wir bitten Sie deshalb herzlich, unsere Tätigkeit auch weiter mit Ihren Spenden zu ermöglichen.

WADI e. V., Herborner Strasse 62, D-60439 Frankfurt a. M.

Tel: 069-57002440, Fax: 069-57002444, wadi.org@epost.de